

Das „Haager Programm“ für die Schaffung eines europäischen Asylsystems, die Steuerung der legalen Einwanderung, eine gerechtere Verteilung der Lasten bei der Überwachung der EU-Außengrenzen und Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität.

Mit großem Interesse hat die AWR das 5-Jahresprogramm für die gemeinsame Innen- und Rechtspolitik zur Kenntnis genommen, welches die Staats- und Regierungschefs der EU am 5. November auf ihrem Brüsseler Herbstgipfel auf den Weg gebracht haben. Die AWR hat sich schon sehr lange mit einem gemeinsamen europäischen Flüchtlingsrecht befasst. Es darf in diesem Zusammenhang auf die Feldkircher Grundsätze für ein europäisches Flüchtlingsrecht hingewiesen werden, welche von der Arbeitsgruppe „Europäische Flüchtlingskonvention“ der AWR unter Vorsitz des Präsidenten des Wissenschaftlichen Beirats Prof. Dr. Michael Wollenschläger, Universität Würzburg, 1987/88 ausgearbeitet wurden. Die Grundsätze sind abgedruckt in AWR-Bulletin 1988, S. 168 ff. in deutscher Sprache, in italienischer Sprache in AWR-Bulletin 1988, S. 256 ff.. Die englische und französische Fassung kann nachgelesen werden in Weiter, Geschichte der Flüchtlingsforschung - 40 Jahre AER/AWR - Vaduz, Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen, Band XXI, Wien 1991, S. 119 ff..

Die Feldkircher Grundsätze wurden am 8. September 1989 anlässlich einer Sitzung des Ausschusses für Migration, Flüchtlinge und Demographie des Europarates in Paris behandelt. In diesen Feldkircher Grundsätzen wurden bereits Vorschläge, insbesondere zu einer Vereinheitlichung des Asylverfahrens, zu einer europäischen Lastenverteilung und zu einem einheitlichen Rechtsschutz gemacht. Die AWR hat auch die Schaffung eines europäischen Flüchtlingskommissars oder -beauftragten angeregt. Die Fragen der Europäisierung des Flüchtlingsrechts waren immer wieder Gegenstand von Forschungsarbeiten und internationalen Kongressen der AWR. Die Gesellschaft hat immer wieder auf die Wahrung der Menschenrechte sowie auf die Möglichkeit und Notwendigkeit legaler Einwanderung hingewiesen. Die Gesellschaft ist gerade dabei, eine größere Studie zur Europäisierung des Flüchtlingsrechts und zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Flüchtlingsrechts zu erstellen, welche auch vom Europäischen Rechtszentrum der Universität Würzburg gefördert wird.

Näheres zu den bisherigen Forschungsarbeiten der Gesellschaft und die praktische Umsetzung und Akzeptanz findet sich auch in der soeben im Berliner Wissenschafts-Verlag erschienen Dissertation von Sandro Geis, Rechtsstatus und Einflussmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel der AWR, Band 2 der Abhandlungen zu Migration und Flüchtlingsfragen, einer Fortführung der bisherigen Schriftenreihe der Gesellschaft „Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen“, Braumüller, Wien, zu den Feldkircher Grundsätzen insbesondere dort auf Seite 183 ff..

Weitere Informationen finden Sie auch auf der Homepage der Gesellschaft: www.awr-int.de

M.W.